

„Eine Demokratie lebt von den Demokraten“

Dr. Jürgen Rüttgers im Gespräch mit dem Bonner Rechtsjournal*

Dr. Jürgen Rüttgers war von 2005 bis 2010 Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen. Seit dem Sommersemester 2011 hat er einen Lehrauftrag an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn. Er hält ein Dahrendorf-Colloquium zu den gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen der Bundesrepublik Deutschland.

BRJ: Herr Rüttgers, am 17. Januar 2011 haben Sie Ihre Antrittsvorlesung zum Thema ‘Herausforderungen demokratischer Gesellschaften’ an der Universität Bonn gehalten. Sie thematisierten besonders die gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen der Bundesrepublik Deutschland. Was genau verstehen Sie hierunter?

Dr. Rüttgers: Wir leben in einer Zeit, in der sich viel ändert. Es bleibt uns kaum Zeit, uns anzupassen. Deshalb ist es auch wichtig, dass eine Gesellschaft wie unsere sich klar darüber wird, welche Änderung auf sie zukommt. Der demografische Wandel wird dazu führen, dass unsere Gesellschaft kleiner und älter wird. Die Klimakatastrophe und das Rohstoffproblem werden dazu führen, dass wir anders leben. Die Digitale Revolution wird die Art verändern, wie wir lernen, wie wir forschen und wie wir miteinander sprechen.

BRJ: Sie haben in Ihrer Vorlesung mehrfach von einer neuen Weltordnung gesprochen. Was genau verstehen Sie unter ‘neue Weltordnung’? Wie sieht eine solche Ihrer Meinung nach aus?

Dr. Rüttgers: Vor zwanzig Jahren mit dem Fall des eisernen Vorhangs sind zwei Milliarden Menschen neu in die Weltwirtschaft eingetreten. China, Indien und die ehemalige Sowjetunion sind nicht nur als Konsumenten, sondern auch als Konkurrenten gekommen. In den letzten zwanzig Jahren hat sich das Machtgefüge in dieser Welt dramatisch verändert. China ist heute eines der reichsten Länder dieser Welt und die Anzahl der Europäer sinkt dramatisch.

„Das Machtgefüge hat sich dramatisch verändert.“

BRJ: Welche Auswirkungen werden die aktuellen Entwicklungen in Nordafrika und Japan haben? Inwieweit spielen diese Ereignisse eine Rolle in einer neuen Weltordnung?

Dr. Rüttgers: Im Hinblick auf Nordafrika und den arabischen Raum ist es meiner Einschätzung nach zu früh ein abschließendes Urteil zu geben. Die Voraussetzungen für eine Demokratie sind ein Rechtsstaat und Bürgerrechte. Und darauf aufbauend muss man eine funktionierende Demokratie schaffen können. Die Ereignisse in Japan werden dazu führen, dass das Thema Energieversorgung noch aktueller wird. Dies sieht man beispielsweise an dem von der Bundesregierung beschlossenen Moratorium.

BRJ: Im Sommersemester 2011 werden Sie ein Dahrendorf-Colloquium hierzu halten. Worauf möchten Sie in diesem Rahmen einen besonderen Fokus legen?

Dr. Rüttgers: Ich möchte gerne mit den Studierenden über ein Thema sprechen, das mich sehr beschäftigt. Deutschland ist gut aus der Weltwirtschaftskrise heraus gekommen und trotzdem hat man das Gefühl, dass es überall Probleme gibt. Eine demokratische Gesellschaft und ein demokratischer Staat braucht demokratische Institutionen. Hierbei sollte man sich anschauen, welche Debatten über die Parteien, die Gewerkschaften, die Justiz und die Medien geführt werden. Es ist interessant, herauszufinden, welche Gründe diese Probleme haben. Hierbei sollte ein Fokus auf Krisensymptome gelegt

* Das Interview wurde am 18.03.2011 in Düsseldorf geführt.

werden und man sollte sich fragen, ob vielleicht die gleichen Gründe zugrunde liegen.

BRJ: Der geschäftsführende Direktor des Instituts für Politische Wissenschaft und Soziologie, Prof. Dr. Frank Decker, sprach davon, dass Sie der Bonner Politikwissenschaft und Demokratieforschung wesentliche Impulse geben können. Welche Impulse würden Sie gerne geben?

Dr. Rüttgers: Die Krise der Institutionen ist nicht nur ein theoretisches oder wissenschaftliches, sondern auch ein praktisches Problem. Wenn man etwas verändern will, muss man Vorschläge entwickeln, was man besser machen kann. Ich habe viele Erfahrungen in verschiedenen politischen Ämtern gemacht. Es gilt nun, Wissenschaft und Praxis miteinander zu verbinden.

„Wenn man etwas verändern will, muss man Vorschläge entwickeln, was man besser machen kann.“

BRJ: An der Universität Bonn sind Sie bereits bekannt. Hier referierten Sie in den letzten Jahren mehrfach, unter anderem über die Europäische Union, das Grundgesetz, die Parteiendemokratie und die CDU. Was unterscheidet die jetzige Lehrtätigkeit hiervon? Bieten sich hierdurch weitere Chancen?

Dr. Rüttgers: Wenn man ein politisches Amt oder ein Staatsamt hat, muss man Rücksicht nehmen. Es geht hier aber um Wissenschaft und nicht um Politik an der Universität. Es bietet sich die Chance, gemeinsam mit den Studierenden über die vielen tiefgreifenden Veränderungen nachzudenken.

„Es geht hier um Wissenschaft und nicht um Politik an der Universität.“

BRJ: Sie selber haben in Köln Rechtswissenschaften und Geschichte studiert. Wie empfinden Sie die Stadt Bonn als Hochschulstandort? Was hat Sie dazu bewogen, der Lehrtätigkeit gerade in Bonn nachzugehen?

Dr. Rüttgers: Ich bin immer schon ein Anhänger der Stadt Bonn gewesen. Die Universität hat einen guten Ruf und eine lange Tradition. Außerdem ist es schön, dass es so viele junge und engagierte Leute hier gibt. Man sieht immer wieder, dass die Studierenden Spaß an Diskussionen haben. Außerdem mag ich das Klima in Bonn und wie zusammen gearbeitet und miteinander gelacht wird.

BRJ: In Ländern wie Frankreich und den USA ist es üblich, dass Praktiker neben ihrer Tätigkeit an einer Universität lehren. In Deutschland ist eine solche Art des Lehrens noch nicht sehr verbreitet. Allerdings lässt sich dies vereinzelt finden wie zum Beispiel der Fall Käßmann an der Ruhr-Universität Bochum und auch Ihre Tätigkeit zeigt. Wie bewerten Sie diese Entwicklung? Welche Chancen bietet dies sowohl für die Studierenden als auch für die Lehrenden?

Dr. Rüttgers: Ich glaube, dass wir den Versuch machen müssen, die Wissenschaft in das Zentrum der Gesellschaft zu rücken. Deutschland ist eine Wissensnation, die im Wettbewerb vorne stehen sollte. Die stehenden Grenzen müssen überschritten werden. Das gilt auch für die Grenze zwischen Theorie und Praxis. Es geht nicht um eine Ökonomisierung der Universitäten.

„Es geht nicht um eine Ökonomisierung der Universitäten.“

BRJ: Wenn Sie von Ökonomisierung der Universitäten sprechen. Wie stehen Sie zu den Exzellenzinitiativen?

Dr. Rüttgers: In solche Exzellenzinitiativen muss jede Hochschule aufgenommen werden können. Es darf keine Universitäten erster und zweiter Klasse geben. Universitäten brauchen Freiraum und auch Freiheit. Es gab in den letzten Jahren unglaubliche Veränderungen. Man muss den Hochschulen aber vertrauen und ihnen Wettbewerb zumuten. Die Exzellenz einer Universität macht sich nicht nur an den Professoren fest, sondern auch daran, welche Chancen und Möglichkeiten die Studierenden haben.

BRJ: Meinen Sie, dass Sie durch Ihre politische Erfahrung neue Akzente in der universitären Ausbildung und in der Forschung setzen können?

Dr. Rüttgers: Eine solche Form des Seminars ist offen für viele Studierende. Es handelt sich hierbei um eine experimentelle Form des Seminars, aber es gibt in Deutschland ein großes Interesse an solchen experimentellen Formen. Das ändert aber nichts daran, dass am Ende ein Schein gemacht werden muss.

BRJ: Die schwarz-gelbe Landesregierung hat 2006 die Studienbeiträge in NRW eingeführt und damit viel Protest unter den Studierenden hervorgerufen. Auch Ihre Antrittsvorlesung war von kritischen studentischen Stimmen begleitet. Können Sie sich vorstellen, dass Sie als ehemaliger Ministerpräsident einen schweren Stand bei den Studenten haben?

Dr. Rüttgers: Bei der Antrittsvorlesung waren wenige kritisch. Dies ist kein Hindernis für gute Wissenschaft.

BRJ: Wie bewerten Sie die Einführung des Bachelor/Master-Systems? Wie stehen Sie als promovierter Jurist einer Einführung im Bereich der Rechtswissenschaften gegenüber?

Dr. Rüttgers: Ich halte die Einführung dieses Systems für gut, für richtig und auch für notwendig. Deutschland ist zu klein für ein eigenes System. Die Globalisierung, über die ich meiner Antrittsvorlesung gesprochen habe, gilt auch für die Wissenschaft. Die Universitäten müssen weltoffen sein.

BRJ: Was hat Sie als Jurist bewogen, in die Politik zu gehen? Würden Sie jungen Menschen diesen Weg empfehlen?

Dr. Rüttgers: Ich war schon vor meinem Studium politisch engagiert. Ich habe es nie bereut in die Politik zu gehen und würde auch jeden ermuntern, es auch zu tun. Eine Demokratie lebt immer von den Demokraten.

BRJ: Was möchten Sie den Bonner Studenten noch mit auf Ihren (Studien-)Weg geben?

Dr. Rüttgers: Man sollte sich schon Zeit lassen, die Dinge zu erleben, die ein Studium mit sich bringt. Man sollte aber auch zu einem Ergebnis kommen.

BRJ: Herr Dr. Rüttgers, wir bedanken uns für das Gespräch.

Das Interview führten Roman Nierlich und Anna Zillmann.



Roman Nierlich und Anna Zillmann bei Dr. Jürgen Rüttgers in seinem Düsseldorfer Landtagsbüro.